

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

57. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfl., monatlich 22 Pfl., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 6. September 1919

Anzeigepreis: Verlags-, Vorbildungs-, Arbeitsmarkts- und Lohnanzeigen 20 Pfl. die fünfgepalte Seite; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklamen einen 60 Pfl. die Seite. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 103

Rückblick auf die Verhandlungen des Tarifausschusses

III. Der Kampf um die prinzipiellen Forderungen

Sowohl die Frage der Arbeitszeitverkürzung wie auch die eigentliche Magenfrage hatten bei den diesmaligen Verhandlungen des Tarifausschusses einen äußerst lebendigen prinzipiellen und ideellen Hintergrund. Bei der ersten handelte es sich für die Gehilfenvertreter neben der Bekämpfung des Arbeitslosenstands ebenso stark um die Sicherung der Vorteile des technischen Fortschritts für die Gesamtheit der Gehilfenchaft in Hinsicht auf Wahrung und Stärkung der Menschenwürde. Und dem Kampf um die materiellen Forderungen stand bei der Gehilfenpartei nicht minder offen und ehrlich das Bestreben zur Seite, die Tragfähigkeit des Gewerbes auf möglichst freier und freudiger Mitarbeit aller schaffenden Kräfte im Gewerbe zu fördern. Diese Tendenz der geistigen und sittlichen Durchdringung des Produktionsprozesses prägte den ganzen Verhandlungen einen äußerst neuzeitlichen Charakter auf. Die Forderung der Gemeinschaftsarbeit auf sozialer Grundlage drängte die Prinzipalvertreter sowohl im Plenum wie ja der Kommissionsberatung in jeder Frage zu einer prägnanten Erkenntnis und Verteidigung ihrer bisherigen Sonderstellung. Und wenn uns das Enderesultat auch nicht voll befriedigen kann, so können wir doch sagen, das, was sich in den Tagen vom 22. bis 28. August im Vereinshaus der deutschen Ingenieure im Rahmen des Tarifausschusses der Deutschen Buchdrucker abspielte, stand in Hinsicht auf seine praktischen, prinzipiellen und ideellen Konsequenzen turmhoch über jeder neuzeitlichen Revolutionsspielerei in einseitigen Klassenverhältnissen, wo man nur in Abwesenheit keiner wirtschaftlichen Gegner Farbe zu bekennen braucht und im übrigen die Konsequenzen auf dem eigenartigen Schauplatz praktischer Tätigkeit andre zusehen lassen kann.

Sier hieß es, Aug in Aug mit seinem wirtschaftlichen Gegner das Fazit aus Vergangenheit und Gegenwart für die Zukunft zu ziehen und ihn davon zu überzeugen, daß er auf verlorenem Posten steht, wenn er die Zeichen der neuen Zeit und ihre Menschen nicht verstehen kann oder will. Es wäre töricht und kindlich zugleich, wenn wir aus dem Verlaufe dieser Tagung die Schlussfolgerung ziehen wollten, daß sich die Prinzipale von den Argumenten der Gehilfenvertreter ins Hochborn jagen ließen. Dazu sind die grundsätzlichen Auffassungen der Parteien noch viel zu gegensätzlich, als daß sie so im Sandumbrechen auf eine Linie gebracht werden könnten. Aber trotz des immer noch himmelweiten Unterschiedes in der Beurteilung der zukünftigen Umformung des Wirtschaftsprozesses zwischen haben und drüben konnten die Gehilfenvertreter aus diesem ersten grundsätzlichen Erreßen auf neuzeitlicher Grundlage die Überzeugung gewinnen und mit nach Hause nehmen, daß nimmere für die Buchdrucker die Fesseln privatrechtlich-ökonomischer Gebundenheit, wenn auch praktisch noch lange nicht zum alten Eisen geworden, theoretisch doch schon so weit gelockert sind, daß zwischen einst und jetzt im Arbeitsverhältnis auch tarifgesetzlich ein himmelweiter Unterschied besteht. Alles wird in dieser Hinsicht in Zukunft davon abhängen, ob die Gehilfenchaft in wohlüberlegter praktischer Tagesarbeit und Geschlossenheit sich den zielbewußten Weisheit zunutze zu machen versteht, der durch die Gehilfenvertreter vom ersten bis zum letzten Mann in der diesmaligen Tarifausschussführung bei der Verhandlung über die „Anerkennung und Aufgaben der Vertrauensmänner“ verlockt wurde und mit sichtlichster Lodierung eines überlebten schroffen Herrenstandpunktes auf Prinzipalseite, wenn auch noch nicht offen anerkannt, so doch mehr als je zuvor in der Praxis berücksichtigt werden muß.

Mit besterhalten Sachlichkeit und doch schärfster Eindringlichkeit begründete der Hauptreferent der Gehilfenvertreter die im Beschlusprotokoll (Nr. 100) zum Ausdruck gekommene Vorlage über eine Neuordnung der Vertrauensmännerfrage. Diese Vorlage ist unter wohlüber-

legter Anlehnung an unsere tarifgesetzliche Entwicklung und unter gewerkschaftlichen Organisationsbegriffen aufgebaut. Sie deckt sich innigst mit dem allgemeinen Rätegedanken, ohne ihn jedoch automatisch zu kopieren. Und gerade darin lag auch ihre Stärke, die von der Prinzipalität sehr unbehaglich empfunden wurde. Während die Gehilfenvertreter mit aller Deutlichkeit zu verstehen gaben, daß es sich hier um Forderungen handelt, deren Anerkennung unabhängig von dem gegenwärtig noch im Schoße der Nationalversammlung schlummernden Betriebsrätegesetz für die Gehilfenchaft im Buchdruckergewerbe zeitgemäß notwendig ist, unbedenklich späterer Abänderung oder Erweiterung durch die zukünftigen reichsgesetzlichen Bestimmungen, bemüht die Prinzipale die Fallache des Zusammenstehens der gegenwärtig schwebenden Ausschussberatungen der Nationalversammlung über die Betriebsrätevorlage in der Hauptsache als lahmendes Abwehrmittel. Ihre grundsätzlichen Einwendungen gegen einzelne Punkte der Vorlage waren für die Gehilfenvertreter nichts Neues, sondern bewegten sich durchaus in dem erwarteten Rahmen, der denn auch Zug um Zug die entsprechende Abwehr fand. Es würde zu weit führen, wenn wir hier die Debatte über diesen Punkt noch ausführlicher schildern wollten. Das Beschlusprotokoll gibt nach dieser Richtung schon ein sehr anschauliches Bild der hochinteressanten Auseinandersetzungen, die sichtlich in ihrem ganzen Umfang auf die Prinzipalvertreter großen Eindruck machten. Es ist mit großer Sicherheit anzunehmen, daß auf Prinzipalseite gewisse ernsthafte Bedenken wegen wahrcheinlich eintretender Nachschläge von Seiten des übrigen Unternehmertums im Falle einer größeren Nachgiebigkeit vorhanden waren, außerdem die Möglichkeit einer baldigen Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes durch die Nationalversammlung ernsthafte Hemmungen in sich schloß. Der Ausgang dieser Debatte wäre daher sicher ein anderer gewesen, als dies tatsächlich der Fall war. Sie brachte die vorläufige Vertagung dieser Angelegenheit, bis die entsprechende Gesetzesvorlage Beschluß ist, sowie die sofortige Einsetzung einer je sechsgliedrigen Kommission zur endgültigen Regelung dieser Frage. Die Gehilfenvertreter konnten sich dabei der Einsicht nicht erwehren, daß, so gut die organisierte Arbeiterchaft für sich gewisse gegenläufige prinzipielle Verpflichtungen anerkennen muß, dies auch der Prinzipalität dem organisierten Unternehmertum gegenüber nicht freitig gemacht werden kann. Außerdem auch für uns die gleiche Frage nicht ohne Bedenken sein konnte, wenn wir möglicherweise zu Beschlüssen gekommen wären, die die gegenwärtig im Gange befindlichen Veruche, das kommende Betriebsrätegesetz für die Arbeiterchaft günstig zu gestalten, durchkreuzt oder erschwert hätten. Objektiv betrachtet sehen unter diesen Umständen die Vertagung einer Entscheidung das Zweckmäßigste. Diese Lösung, schwächt die Vorteile der vorausgegangenen Auseinandersetzung über die Notwendigkeit eines größeren Mitbestimmungsrechtes der Arbeiterchaft mit dem Endziel einer Sozialisierung des Produktionsprozesses nicht im geringsten ab. Beide Teile wollen nun, woran sie sind und können sich dementsprechend für die Zukunft vorbereiten.

Die Gehilfenchaft hat zweifellos die härteren Argumente aus ihrer Seite. Denn alle Gegenstände der Prinzipalität müssen immer wieder daran scheitern, daß sie eben aus einer Zeit- und Lebensauffassung stammen, die die Menschheit ins Elend und Verderben geführt haben. Dieses Faktum ist unbestreitbar. Was die vernünftig denkende Arbeiterchaft will, ist etwas ganz anderes; es ist aus den Erfahrungen dieser bankrotten Vergangenheit geboren und kann daher auch nicht von der Seite widerlegt werden, die nichts anderes als lehrhaft wirkende Rezepte auf Lager hat; auch nicht, wenn sie noch so stark wirtschaftlich kundiert aufgetragen werden. Hier handelt es sich eben gerade um das, was der Hauptreferent der Prinzipalität selbst als Lösung des ganzen Problems anerkannte: daß die Maschine den Arbeiter zwingt, sich auf eine höhere Warte hinaufzuschwingen. Auf diese höhere Warte hat sich der Arbeiter im Kampfe mit der Maschine

tatsächlich hinaufgeschwungen! Infolgedessen kann und will er auch keine Sachnummer mehr sein, sondern ein gleichberechtigter Mitarbeiter, jeder nach seinen Fähigkeiten und nicht nach Gutdünken persönlicher Überbebung oder wirtschaftlicher Ungleichheiten. Wir fühlen uns frei vom Bedürfnis einer Lobhudelei gegenüber der Gehilfenchaft; aber es ist unsere innerste Überzeugung, daß, wenn die Buchdrucker als die prägnantesten Mittelglieder zwischen Hand- und Kopparbeit heute noch nicht so viel Rolle haben sollten, um in gleichberechtigter Gemeinschaft ihren beruflichen und gewerblichen Boden ohne privatrechtlich-ökonomische Vorbereitung beackern zu können, dann wird keine einzige andre Berufs- oder Erwerbsgruppe dazu imstande sein. Aber dieser Respekt ist vorhanden! Es handelt sich nur noch um eine Anerkennung und keine praktische Durchsetzung in der Zukunft. Wir wollen dabei sehr wohl, daß nicht jeder Gehilfe ein Vollmensch in dem gedachten Sinne ist, aber wir wollen das gleiche auch von der Prinzipalität. Jede Seite hat ihr gerüttelt Maß von Sündern. Wir haben uns alle nichts vorzumachen, sondern prozentual gleich viel zu vergeben, von haben nach drüben und umgekehrt. Diese Einsicht und Vernunft muß erst noch allgemeiner werden, dann werden sich die schwierigsten Probleme zu realen Tatsachen verdichten, und was einst noch Utopie war, zu fruchtbarer praktischer Kultur- und freudiger Tagesarbeit werden.

Einen gewaltigen Schritt nach dieser Richtung bedeutet die im Anschluß an die vorstehend besuchte Auseinandersetzung über ein größeres Mitbestimmungsrecht von Gehilfenvertretern ganz entschieden geforderte Beteiligung des bisherigen einseitigen Anordnungsrechtes der Geschäftsleitungen, wie sie auf Seite 85 des Tarifs unter der Überschrift „Anordnungen der Geschäftsleitung“ tarifgesetzlich festgelegt war. Die bisherige Bestimmung verpflichtete den Gehilfen, jede Anordnung der Geschäftsleitung, die sichtlich nach ihrer Auffassung nicht mit den tariflichen Bestimmungen in Widerspruch stand, zu befolgen, selbst dann, wenn er gegenläufiger Auffassung war. Der Gehilfe konnte erst das Schiedsgericht mit Erfolg anrufen, wenn er der betreffenden Anordnung Folge geleistet hatte. Stimmgemäß deckte sich diese Bestimmung mit der Gehörlosmachung des Soldaten, der jeden Befehl eines Vorgesetzten ausführen muß und erst nach Verlauf von 24 Stunden den Beschwerdeweg beschreiten kann, wenn er glaubt, ungerecht behandelt worden zu sein. Diese Bestimmung auf Seite 85 des Tarifs hat von jeher in der Gehilfenchaft dem ganzen Tarifgemeinschaftsgedanken mehr geschadet als genützt. Er bedeutete eine einseitige Bevormundung jedes Gehilfen und ein sehr dehnbares Vorrecht für die Prinzipalität und deren Geschäftsvertreter. Nun ist diese einseitige Bestimmung nicht nur auf paritätischen Boden gestellt worden, sondern sie zwingt die Geschäftsleitungen zur objektiven und nicht nur subjektiven Beurteilung aller tariflichen Bestimmungen. Durch die Einschaltung von nur drei Worten, und zwar „und des Vertrauensmannes“ ist jede Geschäftsleitung verpflichtet, von der Durchführung geschäftlicher Anordnungen, die nicht auch vom Vertrauensmann der Gehilfen als tariflich zulässig anerkannt werden, Abstand zu nehmen, bevor nicht das zuständige Schiedsgericht ihre dem Vertrauensmann entgegengelegte Auffassung bestätigt hat. Die Bestimmung in dieser erweiterten Form gibt dem Vertrauensmann nicht nur einen viel größeren Einfluß gegenüber der Geschäftsleitung, sie hegt auch dessen Verantwortung. Das steht als selbstverständlich voraus, daß in Zukunft der Wahl von Vertrauensleuten der Gehilfenchaft eine weit ernstere Bedeutung beigelegt wird. Der Vertrauensmann der Zukunft muß nicht nur ein gründlicher Kenner unfres Tarifgesetzes sein, er muß auch bei der Kollegenchaft jedes Betriebs unbedingtes Vertrauen genießen. Es ist mit dieser Einführung des tariflichen Mitbestimmungsrechtes bei geschäftlichen Anordnungen eine weit größere Verantwortlichkeit als bisher an seine Person geknüpft. Ein Vertrauensmann, der es in Zukunft mit seiner Verantwortlichkeit nicht ernst nimmt und es z. B. sich mehrmals hintereinander gefallen lassen müßte, daß

Seine Entscheidungen durch die Tarifinstanzen als tarifmäßig bezeichnet werden, würde auch im Verhältnis zu seinen Wählern einen schweren Stand haben. Er muß das Geschick haben, jede Anordnung der Geschäftsleitung, die ihm von irgendwelchem Kollegen als tariflich zweifelhaft zur Entscheidung unterbreitet wird, an der Hand der tariflichen Bestimmungen nachzuprüfen instande sein und dann die Geschäftsleitung gegebenenfalls davon überzeugen können, daß ihre Anordnung in der gewünschten Form unzulässig ist und in tariflich einwandfreier Weise einer Abänderung unterzogen werden muß. Diese Aufgabe erhöht sowohl seine Verantwortlichkeit wie auch seinen Einfluß gegenüber der Geschäftsleitung. Und wir sind der festen Überzeugung, daß, wenn die Kollegenschaft bei der Wahl ihrer Vertrauensleute beruht, tariflich und gewerkschaftlich gut geschulte Kollegen wählt, auf Grund dieser tariflichen Ergründung das ganze Arbeitsverhältnis auf eine neuzeitliche Grundlage gestellt werden kann. Der Vertrauensmann kann auf diesem Boden der Pionier einer Mitbestimmung im Produktionsprozeß werden, wie sie durch das beste Betriebsregulativ kaum zweckmäßiger für das Gesamtgewerbe geboten werden kann. In dieser neuen Bestimmung ist für uns die Kollegenschaft eine Prüfung für ihre tarifliche und soziale Urteilskraft und Befähigung gegeben, von deren Bestehen es abhängen wird, ob wir aus der Tarifgemeinschaft zu einer Berufsgemeinschaft übergehen können, ohne das Gewerbe in seinen Grundfesten zu erschüttern, wie es die Prinzipale beabsichtigen. Die Gehilfenvertreter haben das ibrige getan; an der Gehilfenchaft selbst liegt es nun, zu beweisen, daß sie ihren selbstgewählten Druckereivertrauensmännern nicht nur Pflichten auferlegt, sondern auch Rechte zuerkennend. Und zwar Rechte insofern, daß sie deren Entscheidungen in Konfliktfällen jene Anerkennung und Gehorsamkeit zustell werden läßt, die den Geschäftsleitungen auch beweist, daß die Vertrauensmänner der Gehilfen nicht nur Strohputzen sind, sondern Männer, deren Wort von den Geschäftsleitungen ebenso beachtet werden muß wie von den Gehilfenchaft. Es steht in dieser Beziehung so unheimbar die Anerkennung unseres tarifrechtlichen Rechts im kräftiger Gedanke unsres neuen Zeitgeistes, daß wir sie als einen wesentlichen Erfolg buchen können, dem gegenüber manche weniger erfreuliche Seite der diesmaligen Tagung des Tarifausschusses weniger schwer fallen kann.

Zur prinzipiellen Beilege lagen des weiteren die Lehrlingsfragen, die Bildung einer Fachkommission und die Gesehlichmachung des Tarifvertrags.

Die Frage einer gründlichen Neuordnung der Lehrlingsverhältnisse schwebt schon seit längerer Zeit; sie ist besonders im vergangenen Jahre im „Korr.“ sehr ausführlich und richtunggebend behandelt worden. Der Deutsche Buchdruckerverein hat in dieser Frage eine mehr als ausfallende Jurisprudenz und Einseitigkeit an den Tag gelegt, die kurz vor der diesmaligen Tarifausschubung noch ansäfflicher und deutlicher an die Öffentlichkeit trat. Nachdem nun das Tarifausschubung durch den Tarifausschub definitiv beauftragt wurde, mit Hilfe einer besonderen Kommissionsberatung bis zur nächsten Tarifausschubung ein von beiden Vertragsparteien mit Sonderentwürfen unterstütztes Lehrlingsregulativ aufzustellen, das möglichst schon bei der nächsten Lehrlingsseinstellung (Sommer 1920) in Wirksamkeit treten soll, ist diese wichtige Angelegenheit in ein aktiveres Stadium gerückt. Die Prinzipale des neuen Regulativs konnten bei der diesmaligen Tarifausschubung noch zu keiner Aussprache führen, weil hier erst entsprechende Kommissionsarbeit an der Hand der beiderseitigen Entwürfe Klärung schaffen muß. Von Gehilfenseite wurde eine besondere Vorlage ausgearbeitet, die unter Mitwirkung berufener gewerkschaftlicher und technischer Kräfte zustande kam und sich im allgemeinen mit dem im „Korr.“ schon längst und vielfach erörterten Gesichtspunkten deckt. Wir haben von vorüberheim das Vertrauen zu den von unsrer Seite in diese Kommission noch zu berufenden Kollegen, daß sie wissen, was es hier zu schaffen gilt: ein Grundgesetz für die berufliche Heranbildung einer neuen Generation, der es vorbehalten sein wird, als tüchtige Berufsmannschaft in technischer wie sozialer Hinsicht ein kulturelles Erbe mit Tatkraft zu übernehmen und höher zu führen, sich selbst zum Nutzen und dem Gewerbe zum Segen.

Auch die von dem Kollegen Schliebs schon seit längerer Zeit angeregte Bildung einer Fachkommission, gewissermaßen als fachtechnischer Beirat des Tarifamts, der die vielfältigen technischen und wirtschaftlichen Probleme der Neuzeit in sachverständiger Weise zu verfolgen und zu praktischen Vorschlägen oder Unterlagen zum künftigen Ausbau der Tarifgemeinschaft, sei es für das Tarifamt selbst oder für den Tarifausschub, zusammenzufassen hätte, gehört in das Gebiet der Anpassung der tarifgemeinschaftlichen Organisation an den Geist der neuen Zeit. Da jedoch die in Frage kommenden Einzelheiten im Tarifamt selbst noch einer näheren Aussprache und Klärung bedürfen, wurde die Einsetzung einer solchen paritätisch zusammengesetzten Kommission dem Tarifamt zunächst selbst überlassen, und es bleibt abzuwarten, ob sich das Projekt

so verwirklichen läßt, wie es gedacht ist. Der Tarifausschub wird sich jedenfalls mit dieser Angelegenheit späterhin noch gründlicher beschäftigen müssen, als es diesmal möglich war.

Eine gleich ungeklärte, aber in ihrer prinzipiellen Tragweite nicht zu unterschätzende Angelegenheit bildet die Gesehlichmachung des Tarifvertrags. Es bestehen in dieser Hinsicht noch allerhand Zweifel in der Hinsicht, ob es möglich sein wird, den ganzen Tarifvertrag in allen seinen Teilen, d. h. nicht nur den Lohnarif, sondern auch die Lehrlingsklausal und sonstigen Bestimmungen für Lehrlinge wie auch den Drucktarif in diese Gesehlichmachung mit einzubeziehen. Es bedarf wohl für unsre Leser keiner längeren Aufklärung darüber, daß die Einbeziehung des Lohnarifis ohne die Lehrlingsbestimmungen in eine neuerdings möglich gewordene öffentlich-rechtliche Gesehlichmachung für die Gehilfenchaft ziemlich wertlos bleiben dürfte, da ja schon bisher der Geltungsbereich des Lohnarifis sich auf fast alle Druckereien erstreckte, in denen unsre gewerkschaftliche Organisation durch Mitglieder vertreten war; eine Gesehlichmachung des Tarifvertrags in der angebotenen beschränkten Form würde also in dieser Hinsicht kaum wesentliche Veränderungen bringen. Dagegen wäre es durch Gesehlichmachung des Tarifis ausschließlich der Lehrlingsbestimmungen und des Drucktarifis sehr wohl möglich, sowohl die Schmutzhonkurrenz durch Lehrlingsausbeutung wie durch Preisunterbietung ganz entschieden zu unterbinden. Wenn wir bedenken, wieviel Hunderte von Gehilfen alljährlich aus Lehrlingsquellchen in einen schweren Kampf ums Dasein als Buchdrucker ohne ihre Schuld hinausgeschoben werden, und wie wir ferner die gegenseitige Schmutzhonkurrenz in unsern eigenen Reihen verurteilen, so ergibt sich von selbst die Berechtigung zu einer höheren Bewertung der Gesehlichmachung des Tarifvertrags in allen seinen Teilen. Da und dort aufgetretene Meinungen, daß bei dieser Forderung das Mitbestimmungsrecht der Gehilfenchaft beschnitten würde oder gänzlich unbeachtet bliebe, können in diesem Zusammenhang nicht als sachlich haltbar beurteilt werden. Denn bisher schon war für jedes Verbandsmitglied der Buchdruckerarif sinngemäß verbindlich, und zwar nach § 1 des Verbandsstatuts. Eine Gesehlichmachung des Tarifvertrags würde daran nicht ein Jota ändern. Die Verbindlichkeit würde jedoch dann auch für jene Gewerbeangehörigen eintreten, die bisher dem Tarif feindsichtig gegenüberstanden und im frühen fischten. Außerdem kommt in Betracht, daß bei einer Gesehlichmachung fortlaufend alle Abänderungen des Tarifis auf Antrag der zuständigen Tarifinstanzen in diese Allgemeinverbindlichkeit einbezogen würden. Es besteht also nach dieser Richtung gar keine Gefahr, daß ein Tarifvertrag reichsgesehliche Gültigkeit erlangen könnte, der sich nicht auf den Willen der Mehrheit der Gehilfenchaft stützen würde. Außerdem kommt noch in Frage, daß die Neigung für den Antrag auf Gesehlichmachung des Tarifvertrags in Prinzipalstreifen wesentlich schwächer ist, als auf unsrer Seite, woraus jedenfalls zu entnehmen ist, auf welcher Seite größere Vorteile von dieser Maßnahme erwartet werden. Da nun aber, wie schon angebeutet, verschiedene Fragen bezüglich des Rahmens der Gesehlichmachung noch nicht ganz geklärt sind, ist das Tarifamt vorläufig nur beauftragt, sich mit dem Reichsarbeitsministerium über die schwebenden Differenzpunkte zu verständigen und dann dem Tarifausschub die Angelegenheit zur endgültigen Stellungnahme zu unterbreiten.

Von weittragender prinzipieller und ideeller Bedeutung war ferner noch die Erklärung eines maßgebenden Prinzipalvertreters, wonach es wünschenswert sei, alles, was in den graphischen Betrieben beschäftigt ist, in einer Tarifgemeinschaft zu erfassen. Dieser Wunsch deckt sich mit allen Bestrebungen in der graphischen Arbeiterschaft, dessen Erfüllung bekanntlich auch auf unsrer Seite schon seit 1906 erstrebt wird. Leider waren aber diesem Gedanken die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in verschiedenen andern graphischen Arbeitergruppen bis in die neueste Zeit noch sehr hinderlich. Es sind zwar in jüngster Zeit auch die Lithographen- und Steindruck zum Reichsarif gekommen, jedoch immer noch auf Grundlagen, deren Kopierung für uns in mancher Hinsicht keinen Vorteil bedeuten würde. Wir erinnern nur an das Akkord- und Prämien-system der Steindrucker; ferner an das Stundenlohnprinzip der Buchbinder im Rahmen eines Vierkloßtarifis. Erfreulicherweise stehen neuerdings endlich auch die Buchdruckerhilfsarbeiter vor Verhandlungen über den Abschluß eines Reichsarifis; noch im Laufe dieses Monats sollen die diesbezüglichen Verhandlungen beginnen, wie von Prinzipalseite in unsrer letzten Tarifausschubung mitgeteilt wurde. Bei dieser Gelegenheit sei auch mitgeteilt, daß in Prinzipalstreifen der Wunsch besteht, den zukünftigen Tarif nur von Organisation zu Organisation abzuschließen, auch mit dem Gedanken eines besondern Tarifis für Zeltungsbetriebe wird operiert. Das alles sind Fragen, die ein engeres Zusammengehen aller graphischen Arbeiterorganisationen bedingen. Es ist dabei wohlverständlich, daß jede Organisation im Interesse ihrer Mitglieder danach trachten muß, mühsam und opferreich erungene Positionen nach Möglichkeit zu erhalten, was

für uns Buchdrucker seine ganz besonderen Schwierigkeiten hat, die durch neuzeitliche wilde Preisentwürfungen eher vermehrt werden. Doch lassen wir, daß nunmehr auch diese Frage, nachdem endlich der jahrzehntelange schroffe Widerstand der Prinzipale (insbesondere eines Reichsarifis für die Hilfsarbeiter gebrochen ist, in absehbarer Zeit praktikable Gestalt annehmen kann. Wir Buchdrucker werden jedenfalls nach besten Kräften bemüht sein, an diesem Werke ehrlich und redlich im Interesse des gesamten graphischen Gewerbes mitzuwirken. Es sind dies jedoch nicht nur Fragen, die allein vom guten Willen abhängen, sondern auch von noch nicht ganz durchsichtigen Absichten im Unternehmerlager. Wir können erst noch weitere Anforderungen und Auseinandersetzungen in maßgebenden Konferenzen Klarheit schaffen. Soweit dazu sachliche und ehrliche Mitarbeit auch von anderer Seite zur Klärung beitragen kann, wird sie uns nur willkommen sein. Denn je schwieriger und umfangreicher alle diese Probleme werden, desto mehr bedarf es der Zusammenarbeit aller, die dazu fähig sind. Die letzte Tarifausschubung hat in ihrer Überfülle von neuen Zeit- und Streitfragen bewiesen, daß gerade wir Buchdrucker es dringend notwendig haben, unnötige Reibungen unter uns selbst zu vermeiden, und daß es der höchsten Anstrengung aller unterer besten Kräfte bedarf, um in der Durchbildung und Stärkung der graphischen Organisationen die besten Voraussetzungen für neue und bessere Lebens- und Berufsverhältnisse für das ganze graphische Gewerbe zu schaffen. Das heißt uns das Gesamtergebnis der diesmaligen Tarifausschubungsverhandlungen, dem wir in einem Schlussartikel noch eine deutlichere Zusammenfassung geben wollen, mit aller Eindringlichkeit.

Das Buchgewerbe im Auslande

Schweiz. Seit 25. August stehen im Tessin (italienische Schweiz) die Buchdruckergehilfen im Streik. Anlaß hierzu gab das kürzlich durch den Berufsausschub neu abgeschlossene Lohnabkommen. Die Tessiner Prinzipale verlangten bereits während der Sitzung des Berufsausschusses, daß für den Tessin eine niedrigere Lohnkala angelehrt werde. Der Vermittlungsversuch des Einigungsamtes begegnete jedoch dieser Durchbrechung des Tarifsystems, indem sein Obmann erklärte, daß eine Vorzugsstellung irgendeines Landesteils dem Sinn und Zweck des Landesarifis zuwiderlaufe. Damit gab man sich in der Sitzung zufrieden. Scheinbar! In der letzten Nummer der „Selbstlichen Typographia“ wurde indes ein Zirkular der Tessiner Prinzipale wiedergegeben, das diese an ihre Kollegen in der deutschen und westlichen Schweiz verandt halten. Es geht daraus hervor, daß man es dort auf eine Kraftprobe ankommen lassen will. Wir sind entschlossen — auch wenn wir allein kämpfen müssen —, den Streik der Gehilfenchaft anzunehmen! Die feile Föhlung der Prinzipale im Tessin, sie würden in der westlichen Schweiz Anfertigung finden, hat sich nicht erfüllt. Die westlichen Prinzipale sind der eingegangenen Verpflichtung insofern nachgekommen. Die Gehilfen im Tessin sind nun geschlossen in den Ausstand getreten. Mit Hilfe des Typographenbundes wird der aufgewungene Kampf ausgefochten werden. Für den Schweizerischen Buchdruckerverein aber ist dadurch eine sehr unangenehme Situation entstanden.

Schweden. Die deutschen Tageszeitungen berichteten vor einigen Tagen auf Grund einer aus Kopenhagen stammenden Meldung, daß der seit 1. Juli andauernde Buchdruckerstreik in Schweden völlig zusammengebrochen sei, und daß die Bewegung der schwedischen Gehilfenorganisation anderthalb Millionen Kronen gekostet habe. Nach den auf Umwegen erhaltenen allgemeinen Nachrichten über den Stand der Arbeiterbewegung unsrer schwedischen Kollegen ist an der Richtigkeit der Kopenhagener Meldung leider kaum mehr zu zweifeln, obwohl wir Genaueres über den Ausgang des Streiks bis zur Stunde noch nicht erfahren konnten. Es ist uns lediglich bekannt geworden, daß nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen über neue Lohnforderungen sich beide Parteien auf Anfrage des staatlichen Schlichterars Anfang August zu Vergleichsverhandlungen bereit erklärten. Diese sind angeblich ergebnislos geblieben. Den schwedischen Verband würde der neue Schlag um so schwerer treffen, als er sich von der Niederlage nach dem Generallstreik, wo bekanntlich die Prinzipale hohe Schwedenansprüche gesehlich durchsetzen, erst in jahrelanger Organisationsfähigkeit nur langsam wieder finanziell kräftigen konnte. Wir hoffen, über Verlauf und Ausgang der Lohnbewegung unsrer schwedischen Kollegen bald Genaueres auf Grund direkter Nachrichten mitteilen zu können.

Rußland. Ein revolutionärer Buchdruckerverband ist, wie man in der Hanauer kommunikativen „Freiheit“ von einem Informierten lesen konnte, von den Bolschewisten gegründet worden, weil es ihnen trotz monatelanger Bemühungen nicht gelang, den Moskauer Buchdruckerverband für sich zu gewinnen. Die Widerheftkraft also aus und befreit nun unter bolschewistischen Bildlichen Gewerkschaftsverteplattung bei den Buchdruckern. Der Mitarbeiter der „Freiheit“ hat große auf Grund seiner russischen Erfahrungen für die neue Methode in Deutschland ein, obwohl er an eine eigene Stelle seines Wirkens die Wichtigkeit eines Verbandes von einem Gesehlichungsgenossen anerkennt, daß die Leute in Deutschland, die die aus den besondern russischen Verhältnissen ge-

borene Taktik genau nachmachen und damit einen „verwerflichen Weg“ einschlagen, nur als „Affen der russischen Revolution“ bezeichnet werden können. Diese in Sperrdruck ercheinende derbe Charakterisierung dürfte als Selbstironie nicht so engbegrenzte Anwendbarkeit finden!

Der Papiermangel ist noch größer geworden, nachdem die Papierzufuhr aus Finnland und dem Ausland eingestellt worden und von den 50 nationalisierten Papierfabriken 10 aus Mangel an Heizmaterial stillstehen.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Duisburg. In unster Monatsversammlung am 24. August referierte nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten Ingenieur Richard Woldi über das „Rätelein“ in Duisburg. Redner ging einleitend auf die vorbildliche Gewerkschaftsarbeit der Buchdruckerorganisation ein. Das Rätelein sei nur mit Hilfe der Gewerkschaften durchzuführen und diejenigen, die die Gewerkschaften ausschalten wollten, seien Feinde des Räteleins. In Russland, dem Geburtslande der Räte, sei das System zusammengebrochen, weil es die Intelligenzen aus Wirtschaft und Handel ausgeschaltet hatte. Aus diesem Mißerfolge müsse der deutsche Arbeiter lernen und die Fehler, die in Russland gemacht worden seien, vermeiden. Aber auch wir deutschen Arbeiter würden mit dem kommenden Rätelein manche Enttäuschung erleben, weil wir vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch ständen, weil die großen, breiten Massen noch nicht reif genug seien, um im Betriebsrat den Kampf mit dem Unternehmer und seinem Stabe von Ingenieuren usw. aufzunehmen. Die deutsche Arbeiterkraft hätte bei Ausbruch der Revolution ein halbes Jahrhundert in der Kulturentwicklung überbrücken müssen. Unter dem Rätelein habe die Arbeiterkraft eine große Verantwortung zu übernehmen; sie müsse sie übernehmen, weil die Demokratisierung des Wirtschaftslebens bedeute, daß die Arbeiter die Herrschaft am Produktionsprozeß erhalten haben. Redner kam zu dem Ergebnis, daß es dringend notwendig sei, wenn die Arbeiter im Betriebsrat zum Wohle der Arbeiterkraft wirken wollten, lernen und immer wieder lernen müssen. Die kommende Zeit sei für uns ernst und fargenvoll, aber auch reich an innerem Erleben. Der ganze Arbeitsprozeß müsse umgestaltet, rationalisiert werden, damit wir auf dem Weltmarkt wieder als Mitbewerber auftreten könnten. Dazu sei es auch notwendig, daß eventuell zum Arbeitszwang gezwungen werden müsse, bei denen, die nicht arbeiten wollten. Mit alten, veralteten Arbeitsmethoden müsse gebrochen werden, und um die Produktion rationaler zu gestalten, müßten alle technischen Errungenschaften angewendet werden, selbst wenn dadurch in einzelnen Berufen Arbeiter überflüssig würden. Durch die Ausgestaltung der Produktion zur höchsten Leistungsfähigkeit würden alle Arbeitskräfte gebraucht und müsse auch dafür gesorgt werden, daß jeder an seinen richtigen Platz in der Wirtschaft, seinen Fähigkeiten und Kenntnissen entsprechend, gestellt wird. Lebhafter Beifall bekundete das Interesse der Kollegen an den Ausführungen des Redners. In der Diskussion wurden namentlich die Ausführungen des Referenten über die fachliche und volkswirtschaftliche Ausbildung der Kollegen unterstrichen. Nachdem Kollege Zirk den Kartellbericht erstattet, gab Kollege Wellmann den Jahresbericht zum zweiten Quartal, welcher mit einem Kasienbestande von 4957,39 Mk. abschloß. Zum letzten Punkte teilte der Vorsitzende mit, daß in Duisburg ein graphisches Startell ins Leben getreten sei. Als Delegierte wählte die Versammlung drei Kollegen.

-ch. Halle a. S. In außergewöhnlich stark besuchter Versammlung am 30. August, zu der auch die Bezahlorte geladen und zum großen Teil erschienen waren, nahmen die Mitglieder des Ortsvereins Halle den Bericht ihres Stellvertreters König von der Tarifausschließung entgegen. Das Interesse an dem Ausgang dieser Verhandlungen hatte die Kollegen zahlreich in die Versammlung geführt, trotzdem der Vorstand infolge der Kürze der Einberufung ein für den größten Teil der Kollegen sehr unglücklich gelegenes Lokal zur Tagung nehmen mußte. In seiner bekannten ausführlichen und klaren Weise gab der Referent ein Bild der Verhandlungen. Wenn es auch nicht möglich gewesen sei, den gestellten Anträgen auf Erhöhung der Feuerungszulage voll zu entsprechen, so sei doch auch diesmal wieder eine Erhöhung erreicht worden, die sich nach den einzelnen Servicisklassen richtet und für Halle 10 Mk. ausmacht. Das bedeutet anstelle der geforderten 125 Mk. Wochenlohn für Halle ein Minimum von 104 Mk. Auch bezüglich des Antrags auf Erhöhung des Sozialzuschlags ließ sich nichts erreichen, da der Sozialzuschlag sich nach den Servicisklassen des Reichs richtet und Halle in der Klasse C sich befindet. Eine Verbesserung in die Klasse B war trotz aller Bemühungen der Beamtenschaft am Ende noch nicht zu erreichen. Mit dem Erluchen um objektive Würdigung und gerechte Beurteilung des Erreichenen schloß Kollege König seine Ausführungen. Vorherrschend Mangelndes sprach ihm sowohl für seine Bemühungen als auch für die eingehenden Berichtsausführungen den Dank der Versammlung aus. Unter Ablehnung einer das Ergebnis verwerfenden Resolution brachten etwa drei Viertel der Anwesenden in der Abstimmung zum Ausdruck, daß sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen und unter Berücksichtigung der eventuellen Folgen sich mit dem Erreichten einverstanden erklärten.

B. Leipzig. (Gaumitgliederversammlung vom 15. August.) Unter „Vereinsmitteilungen“ gab Vorsitzender Hesselbarth bekannt, daß seit 1. April 312 Kollegen Aufnahme in die Organisation gefunden haben. Ein

19jähriger Kollege erklärte seinen Austritt, da er es mit seinen kommunistischen Anschauungen nicht vereinbaren könne, dem Verbande noch anzugehören. Über die Entschädigung der in Betracht kommenden Generalkassier ist noch keine Entscheidung gefällig. Der Vorsitzende berichtete sodann über die Tarifbewegung der Stempelschneider, Schriftgießer und Stereotypen und verurteilte die Spaltungen bei verschiedenen Druckerpersonalen, hervorgerufen durch den Parleistreit. Auch sei es zu verwerfen, daß trotz wiederholter Warnungen immer wieder Überdosen geleistet würden. Durch den Streik der Buchhandlungsgehilfen sei ein Teil unserer Kollegen in Mitleidenschaft gezogen. Zum zweiten Tagesordnungspunkt: „Arbeitslosenfürsorge und Arbeitsbeschaffung“, führte Kollege Hesselbarth als Referent aus, daß die Arbeitslosenfürsorge zuerst von den Gewerkschaften und vor allem von unsern Verbänden praktisch durchgeführt worden sei. Auf allen Arbeiterkongressen sei die Forderung nach staatlicher oder städtischer Arbeitslosenunterstützung gestellt. Doch leider immer vergeblich. Erst bei Ausbruch des Krieges und neuerdings durch die Revolution sei darin eine Änderung eingetreten. Die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und die Unterbringung der Arbeitslosen habe sich der Gavorpflicht fortwährend angelegen sein lassen. Schiedsgericht, Schlichtungsausschuss und verschiedene Instanzen seien angestrebt; persönlich seien die Vorsitzenden in verschiedenen Geschäften vorstellig geworden, so daß nicht nur alle auf Grund des Gesetzes zur Einstellung Berechtigten untergebracht sind, sondern auch unre Arbeitslosenzahl von 900 auf 400 herabgedrückt wurde. Es müsse darum anerkannt werden, daß alles getan sei, was nur möglich war. Zu bemerken sei noch, daß ein großer Teil unserer Kollegen in andern Berufen arbeite. Nicht wenige seien sogar ausgetreten, da sie jedenfalls nicht wieder zum Berufe zurückkehren. Am Schluß gab Redner noch bekannt, daß in Leipzig eine Kommission von drei Prinzipalen und drei Gehilfen gebildet sei, welche durch Eingaben an Behörden usw. die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit zu fördern habe. Er hoffe nur, daß die Kohlenoff nicht überhand nimmt und eine dadurch etwa hervorgerufene Stilllegung der Betriebe eintritt. In der sich anschließenden Aussprache wurde an der Tätigkeit des Savorstandes Kritik geübt, doch war es dem Kollegen Hesselbarth ein leichtes, in seinem Schlusswort alle Einwände zu widerlegen. Nach einem Vortrage des Kollegen Mauff über: „Die Bildungsgemeinschaft der Leipziger Buchdrucker“, in welchem er die Notwendigkeit der Fortbildung und den Zusammenbruch der Bildungsbestrebungen der einzelnen Sparten betonte, bewilligte die Versammlung die dazu nötigen Geldmittel, und zwar erstmalig 1500 Mk. Zum Schluß der Versammlung verleserte Kollege Hesselbarth die im schweren Kriegenkampfe lebenden Angehörten und Arbeiter im Leipziger Buchhandel der lebhaftesten Sympathie der Buchdrucker.

Naumburg a. d. S. Am 6. September kann unser Mitglied Richard Jäger auf eine 50jährige berufliche Tätigkeit zurückblicken. Er lernte von 1869 bis 1873 in der hiesigen G. Pächsen Buchdruckerei und ist auch mit kurzen Unterbrechungen bis heute bei den Nachfolgern dieser Firma tätig gewesen. Die hiesige Kollegenchaft wird zu Ehren des Jubilars am genannten Tag abends in Dunkelbergs Restauration eine Familienfeier veranstalten.

Stuttgart. Eine überaus stark besuchte Versammlung, darunter eine große Anzahl Kollegen der umliegenden Druckerorte, sowie Delegierte von Öppingen, Oberndorf, Pforzheim, Neulingen, Tübingen und Ulm nahm am 30. August den Bericht ihres Stellvertreters Klein über die Tarifausschließung entgegen. Seine ausführlichen Darlegungen fanden Beifall. Das statistische Material, mit welchem die Prinzipale ihren Abbauantrag zu rechtfertigen suchten, fand richtige Beleuchtung. Auch in der Besprechung, an welcher sich neben zahlreichen Stuttgarter Kollegen auch zwei aus der Provinz beteiligten, fand dieser mit nichts zu rechtfertigende Antrag scharfe Beurteilung. Die Weglosigkeit unserer Arbeitgeber, „die letzten beim Geben, die ersten beim Nehmen“ zu sein, müsse jedem Gehilfen zum Bewußtsein bringen, was von unsern Arbeitgebern zu erwarten ist. Zu bedauern ist nur, daß die Macher des Abbauantrags nicht die empirische Stimmung über dieses jedes soziale Empfinden vermissen lassende Vorgehen mitabzählen mußten. Unter diesen Umständen noch eine Aufbesserung, wenn es auch wenig genug ist, auf dem Verhandlungsweg erreicht zu haben, fand Anerkennung. Kritik wurde an dem späten Termin der Ausbezahlung der neuen Feuerungszulage und an deren langer Festschreibung geübt. Der Vorbehalt der Prinzipale, im Falle Willigerwerden der Lebenshaltung während der Gültigkeitsdauer mit den nummehrigen Sätzen abzubauen, wird von der Gehilfenchaft sinnergänzlich Anwendung finden, sobald das Gegenteil eintritt. Aber diesen Punkt ließ die Versammlung keine Zweifel aufkommen. Einigkeit herrsche auch in der Auffassung, daß es den Stuttgarter Kollegen am liebsten wäre, wenn es die Preisgestaltung ermöglichen sollte, einen allgemeinen Lohnabbau mitzumachen. Diesen aber als erste zum Geschehen von unsern Arbeitgebern entgegenzunehmen, was jedoch der fortgeschrittenen Feuerung stillschweigend insofern Rechnung tragen, indem sie jede Gelegenheit zur Erhöhung des eignen Einkommens benutzen, wurde als verblüffend wirkend, abgelehnt. Nach mehrstündiger Dauer machte ein Schlussantrag der Aussprache ein Ende. Eine Entschädigung, die die Ablehnung des Erreichens als zu wenig forderte, fand nur geringe Unterstützung, und mit überwältigender Mehrheit wurde den getroffenen Abmachungen zugestimmt.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Ein Buchdrucker als Museumsdirektor. Zum Verwalter der berühmten, ehemals herzoglichen Sammlungen in Göttingen, welche das Museum, die Gemäldegalerie, das Münzkabinett und die Schloßbibliothek umfassen, wurde Kollege Anton Gildesier, der langjährige frühere Vorsitzende des Bezirks Göttingen, ernannt. Damit ist wieder einer der unsrer infolge der durch die Revolution hervorgerufenen Umwälzung im Staatswesen in eine sehr verantwortungreiche Stelle eingerückt, die große Sachkenntnis erfordert. Im allgemeinen kann man unsern ehemaligen Berufsgenossen nichts aufrichtiger wünschen, als daß sie auf derart exponierten Posten die „Kunst des Könnens“ nicht im Stiche lassen möge, damit sie nicht zu Statisten in der Hand „nachgeordneter“ wissenschaftlicher Juristischer oder bürokratischer Berater, Assistenten und dergleichen herabsinken.

Rezept zur Gewerkschaftszerschöpfung. Nach „berühmtem“ Muster hat nunmehr auch die „Kommunistische Rätekorrespondenz“ in ihrer Nr. 12 eine Anweisung für die Kommunisten, wie sie sich den Gewerkschaften gegenüber zu verhalten haben. Nachdem die Fokussung der Opposition, die Zentralisierung der Gewerkschaften zu erobern, durch den Nürnberger Gewerkschaftskongress zerstört worden sei, bleibe nur die örtliche Loslösung übrig. Nicht geklohlene Wirtschaftsbereiche, wie Rheinland-Westfalen, Mitteldeutschland, Obersachsen, Württemberg und Groß-Berlin, müßten sich von den Zentralverbänden loslösen und sich selbstständig machen. Man stehe hieraus, welche Blüten der Anarchozulismus treibt, der die Arbeiterbewegung auf frühere Entwicklungsstufen zurückzuführen möchte. Das verurteilt werden wird, nach dem kommunistischen Rezept zu arbeiten zum Schaden der Geschlossenheit der Arbeiterbewegung, ist unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen nicht zu bezweifeln. Einzelne Wirkkräfte werden sogar noch darüber hinausgehen, wie folgender Vorgang zeigt. Im „Mitteldeutschen Blatt“ des Berliner Turnvereins „Stiche“ vom 1. September macht ein kommunistischer Buchdrucker einigen seiner Turnschweller schwere Vorwürfe darüber, daß sie auf einem Vergnügen des Vereins Berliner Buchdruckmaschinenmeister Kinderpleie leisteten, und sagt dabei u. a.: „Dieser Verein ist eine Branchenorganisation innerhalb des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, der beinahe ausschließlich den reaktionärsten Standpunkt von sämtlichen deutschen Gewerkschaften einnimmt. Der Verein Berliner Buchdruckmaschinenmeister macht innerhalb der Gesamtkategorie davon keine Ausnahme. Er hat sich bis jetzt noch zu keinem revolutionären gewerkschaftlichen Programm bekannt, und wird dies in absehbarer Zeit wohl auch nicht tun. Es ist deshalb ein Zeichen von bedauerlicher Grundlosigkeit, wenn Mitglieder unseres Vereins diese Organisation unterstützen.“ In dieser Weise beschneht ein Verbandsmittglied sein eigenes Nest, ohne den Mut der Konsequenz gegenüber der „reaktionärsten Organisation“ aufzubringen. Leute mit derart überreisten Nerven dürfen nie und nimmer die Vernunft beherzigen, denn sie streben durch ihre Zersplitterungsbestrebungen aus parteipolitischen Beweggründen den Feinden der aufstrebenden Arbeiterkraft nur die Saaten in die Hände.

Zur Lage im Leipziger Buchhandelsstreik. Wie wir in letzter Nummer berichteten, waren am 2. September die beiderseitigen Tarifkommissionen vom Demobilisierungsausschuss zu einer informativen Besprechung eingeladen. Dabei vertrat die Unternehmervertreter den bisherigen Standpunkt, daß sie zwar die Vollage der Angestellten anerkennt, aber dem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses nicht beitreten könnten, weil der Leipziger Buchhandel eine weitere Belastung nicht vertragen. Sie erklärten sich nur zu Verhandlungen über den Schiedspruch an sich bereit. Demgegenüber betonten die Vertreter der Angestellten, daß sie auf der Annahme des gefällten Schiedspruchs bestehen müßten und in Verhandlungen darüber nicht einzutreten gewillt seien. Der Spruch des Demobilisierungsausschusses wurde am 4. September erwartet; am gleichen Tage wollen die Ausständigen zu dem Entschiede Stellung nehmen. Am 3. September wurde nach über achtstündiger Verhandlung vom Schlichtungsausschuss abermals ein Schiedspruch gefällig, der auf die Belassung des Streiks der Buchhändlermarkthelfer abzielt. Beide Parteien hatten um die Fällung eines Schiedspruchs nachgedacht mit der ausdrücklichen Erklärung, daß sie sich diesem unterwerfen würden. Der Schiedspruch ließ einen Zuschlag von 30 Proz. auf die Lohnsätze des am 31. Juli d. J. abgelaufenen Tarifvertrags vor. Die Wiedereinstellung der Ausständigen soll gemäß den übereinstimmenden Erklärungen der Beteiligten nach Maßgabe der Beschäftigungsmöglichkeit und auf Grund einer Verständigung zwischen den Parteien erfolgen. Maßregelungen aus Anlaß des Streiks dürfen nicht stattfinden. Aber die noch strittigen Punkte des abzuschließenden neuen Tarifvertrags sollen die Parteien umgehend in Verhandlungen eintreten und diese bis zum 6. September zum Abschluß bringen.

Die deutschen Arbeitgeberverbände gegen den Betriebsrätegesetzentwurf. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, der Reichsverband der deutschen Industrie, der Zentralverband des deutschen Großhandels, die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes wandten sich in einer an die Deutsche Nationalversammlung eingereichten Petition gegen das Zustandekommen des Betriebsrätegesetzes in der Form des vorliegenden Gesetzentwurfs. Der Widerstand der Unternehmer richtet

Es ist insbesondere gegen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und gegen das Recht der Einsichtnahme in Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen. Ferner wird die Herauslösung des Wahlalters auf 20 statt 18 Jahre und der Wahlbarkeit auf 25 statt 20 Jahre verlangt. Die Stärke des Angriffs des gesamten Unternehmertums gegen den Gewerkschaftswahl ist der beste Beweis dafür, daß es sich bei dem Lehren nicht bloß um „weiche Worte“ für die Arbeiterklasse handelt, wie von gewisser Seite aus purem Motivationsbedürfnisse behauptet wird.

Verschiedene Eingänge

Graphischer Wochenspiegel, Organ für die Förderung des graphischen Anstaltenswerkes auf der Grundlage des Betriebsrätegesetzes, Nr. 1, erster Jahrgang, Verlag von Alfred Reichardt in Leipzig-Plagwitz, Mühlhauer Straße 43. Erscheinungsweise und Bezugspreis nicht angegeben. Diese neue periodische Zeitschrift soll dazu beitragen, daß die besten graphischen Techniken zu einem einheitlichen Bestreben für das graphische Gewerbe verschmolzen werden, was gleichbedeutend wäre mit der Schaffung eines logischen Einheitsprinzips, der auf Grundlage das namentlich in Berlin und Leipzig sehr erfolgreich wirkende, aber unvollständige Arbeitssysteme, worin sich die neuerdings ausgeübte revolutionäre Entwicklung widerspiegelt. In all dieser und ähnlichen Bestrebungen und Erhebungen in einem schon länger geplanten Rahmen nach den letzten Tatsachen eingegriffen werden soll, wäre im Augenblick nur zu bemerken, daß in dem Zusammenhang zu einem einheitlichen Bestreben für das graphische Gewerbe, gegen das allgemeine Streben, Rückständigkeit und Betriebsverderben und ähnliches an anderen Stellen, sich nicht als Empfehlung geben kann für eine solche Erörterung nicht etwa lokale Probleme und von solchen Fragen, über die auch unter weit links stehenden Theoretikern wie Praktikern der Arbeiterklasse die Meinungen recht auseinander gehen.

Briefkasten

J. B. in Dresden: Der betreffende Brief ging erst am 28. August ein. — **G. M. in Jülich:** Unschicklich, daß ein einzelner Bundesstaat den unvollständigen 3. II aufgegeben hat — wie uns sehr wohl bekannt ist, sollte durch unsere Notiz die im allgemeinen noch bestehende Ungleichheit auf steuerlichen Gebieten kritisiert werden. — **W. G. in Halle a. d. S.:** Es ist allerdings unmöglich, Berichte von solchem Umfang zu bringen. Die Weitergabe des Materials erübrigt sich durch unsere ausführliche Berichte.

erhaltung über die Tarifschlußverbindungen. **H. G. in G. A. in B.:** Auch wir haben den Artikel „Die Tragödie des ungeliebten Profiteurs“ in der Morgenausgabe der Berliner „Freiheit“ vom 30. August mit vollem Interesse gelesen. Was der Verfasser Julius Braunhut in Wien da über den Selbstwahn in Rußland und Ungarn ohne jeden realistischen Vorbehalt lagern durfte, ist ja inleuchtend und lebendig, daß man fast annehmen kann, die hier der „Freiheit“ lesenden Lesenden Artikel wollten damit erneut wirken auf diejenigen, die für den Kampf zum Kommunismus gar zu unbedenklich zu haben sind. Wenn andere Blätter von der Richtung der „Freiheit“ auch diesen Artikel bringen würden, wäre diese Wirkung in weitem Maße zu erreichen. Wir dürfen aber im „Vor“ nicht so gleich tun, wenn sich jedoch der Verlesung dieser, könnten wir uns auf Brautliches Beurteilung in diesem oder jenem berufen. — **A. B. in B.:** Unglaublich, was alles heutzutage verbrochen wird; noch unglücklicher aber, daß sich immer einige Nachbeter finden. — **G. G. in A.:** Haben Sie eine Ahnung, wie es anderswo mit den jüngsten Erbkäufen gehandhabt wird? Die Rückblicke über die Tarifschlußverbindungen werden Sie wohl eines Besseren belehren. — **P. D. in B.:** Sind die Aufnahme. — **L. G. in S.:** Wird aufgenommen. — **P. A. in G. P. A.:** das würde einen Freigabe geben, wenn wir den „Vor“ damit befragen wollten, wie Sie man die jenseitige Bande knüpfen und das kann wieder in die Richtung gehen. Wie kann man nur im Ernst auf solche Zustimmung kommen! **G. A. in P. D.:** Bedauern, den Artikel nicht bringen zu können, er würde so viel Widerspruch aus unserm Leserkreis seligen. Daß dafür kein Raum auszubringen wäre oder unter eigenem Namen gegeben darunter leiden müßten, was viele Profiteure ausüben würde. **G. H. und J. B. in A.:** Danken bestens für das Übermittelte. — **Chr. W. in P. A.:** Kommt bald zur Aufnahme, da in dieser Richtung noch zu wenig gesagt und geschrieben worden ist, wir haben in den Jahren 1918 und 1917 darüber schon mancherlei gebracht, mögen nun einmal aus der Kollegenschaft solche Stimmen kommen. **A. W. in Heber:** 2.90 Mk. — **S. D. in Berlin:** 3.30 Mk. — **H. B. in Magdeburg:** 3.70 Mk.

Verbandsnachrichten
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Schornkopff 511,
Fernsprecher: Emil Auerh. Nr. 1191.

Adressenänderungen

Wilmanns, Kaufherr: Franz Keller, Sangerberg 2.
Vehrer, (Zeichmaschinenmeister). — **Vorländer:** Wilhelm Schrödermann, Feuerbachstraße 57; **Kaufherr:** Gustav Rosel, Werderstraße 3.

Seren (A. U.), Vorkämpfer: Paul Thomas, Wilhelmstraße 34; **Kaufherr:** Richard Döggel, Seifensack 9.
Wahl 1. Wahl: Vorkämpfer: Max Reinhardt, Windweg 9; **Kaufherr:** Walter Jung, Karsstraße 11.

Zur Aufnahme gemeldet

(Eingemeldet innerhalb 14 Tagen an die beauftragte Adresse):
Im Gau **Wormsberg** die Gebr. I. Guffow Bach, geb. in Eindeilheim 1900, ausgl. dal. 1918; 2. Eugen Schärer, geb. in Oberrheinheim (O. A. L. Tiggel) 1900, ausgl. in Kaiserloch 1917; 3. Robert Elminger, geb. in Nord 1900, ausgl. dal. 1918; 4. der Trucker Hermann Zühl, geb. in Stuttgart 190, ausgl. dal. 1919; waren noch nicht **Mitglieder**. — **G. Klein** in Stuttgart, Feuerbachstraße 54.

Veranstaltungskalender

Berlin, Korrespondenzversammlung Sonntag, den 7. September, abends 7 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Wiegandstr. 44.
Bonn, Bezirksversammlung Sonntag, den 7. September, nachmittags 2 Uhr, in Elzberg, Restaurant „Brauerei Bierschneider“ in Elzberg-Strübing.
Dresden, Malchin-Bezirksversammlung Sonntag, den 7. September, vormittags 10 Uhr, im „Sensfelder“, Kaulbachstr. 6.
Genz, Bezirksversammlung, den 6. September, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
Hildesheim, Bezirksversammlung Sonntag, den 7. September, vormittags 9^{1/2} Uhr, im Vereinslokal.
Osnabrück, Bezirksversammlung Sonntag, den 14. September, vormittags 10 Uhr, in Melle L. B. Unterd. bis 9. Sep. empfangen an den Vorständen.
Mün.-Preuss., Bezirksversammlung heute Sonntag, den 6. September, abends 8^{1/2} Uhr, im „Bauerischen Hof“ in Neuim.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Rückblick auf die Verhandlungen des Tarifschlußkongresses. (Fortf.)
Das Buchgewerbe im Klassenkampf — Schweden. — Rußland.
Korrespondenzen: Duisburg. — Halle a. d. S. — Leipzig. — Raumburg. — Stuttgart.
Kundschau: Ein Buchdrucker als Musikmediziner. — Rezept zur Gewerkschaftserziehung. — Zur Lage im Leipziger Buchhandelsstreik. — Die deutschen Arbeitgeberverbände gegen den Betriebsratgeheimturm.

Vom Handwerksburichen zum Kommerzialrat!

„Es war vor 30 Jahren, als ich, ein armer Handwerksburich, die Straßen von Paris, nach Arbeit suchend, durchwandelte. Ein einer Begegnung mit einem Buchhändler, dem ein belgischer Wundarzt, verschiedene Drucksachen und Prospekte entwarf. Ich sah ihm seine Geschäftskunden, er aber war ungeduldig und sagte zu mir: „Den Stempel (Strom) können Sie ohne d'halten.“ Dieser Stempel enthielt aber nichts anderes als mehrere Prospekte über die Erwerbung der französischen Sprache nach der Methode Toussaint-Rangenscheidt. Dies interessierte mich.

Wie in vorstehendem Falle haben die weltbekanntesten Sprachlehrerbücher, die nach der Methode Toussaint-Rangenscheidt im Laufe der Jahre bereits sieben Auflagen zu angehenden Stellungen sind, verdient die gründliche Kenntnis fremder Sprachen ist die Ursache ihres Erfolges gewesen. Heute, wo es sich darum handelt, den durch den Krieg gestörten Auslandsverkehr Deutschlands von neuem aufzubauen, sind die Möglich-

keiten, durch Sprachkenntnis im Leben vorwärts zu kommen, größer als je zuvor. Kaufen Sie diese jungen Leute, die sich selbst als gute Schüler, Sie fremde Sprachen durch die Methode Toussaint-Rangenscheidt. Verlangen Sie heute noch unsere Einführung Nr. A 123 in den Unterricht der Sie interessierenden Sprache. Die Zulassung erfolgt kostenlos und ohne irgendwelche Verpflichtungen für Sie.

Im Jahr 1909 nach Paris, 1905 wurde ich Direktor in diesem Betriebe. 1906 wurde ich leitens meines Berufs für einen von ihm bisher inogebenen Titel in Berlin gebracht und wurde noch im selben Jahre zum h. h. Kommerzialrat ernannt. Das größte Verdienst an meinem Vordrängen kommt bei der Methode Toussaint-Rangenscheidt. Ich bin in Wollersdorf in Eisenbürgen 1865 geboren. Die Eisenbürgen Schalen halten damals noch gute Schulen. Fürsorglicher Volksaufklärer habe ich absolviert, er ist in die Lehre mühte.“ **Th. G. sen., Wien.**

Toussaint-Rangenscheidtsche Verlagsbuchhandlung (Prof. G. Rangenscheidt) Berlin-Schöneberg.



Das Geheimnis der Harmonie im Druckwerk ist ergründet

Verlangen Sie Prospekt 3:5:8 vom Verlag Julius Maier, Leipzig 15.

Unter sehr günstigen Bedingungen ist ein seit 1902 bestehendes **Druckunternehmensgeschäft mit Reparaturwerkstatt** für 3000 Mk. offeriert abzugeben. Ertrag wird garantiert. Anfragen erbeten unter Nr. 446 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Monotypgießer
gesucht. Oscar Brandtsteller, Leipzig, Dresdner Straße.

Verleger: Joseph Geth in Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: Karl Helmholz in Leipzig, Salomonstraße 8 (Tel. 14111). — Druck: Rabell & Hill in Leipzig.

Junger Schweizerdegen
im Akzidenz- und Druckgewerbe, wünschlich sich zu verändern. Schließen bevorzugt. Angebote unter W 433 an die Geschäftsstelle d. Zf. erbeten. 1443

Strohflamer
Maschinenmeister
25 Jahre alt, bewandert in allen vorkommenden Arbeiten an Schnell- und Legepressen, sucht für sofort dauernde Stellung. Gehl. Angebote an Paul Wagner, Schmiedestr. 1, Schilf, Reichenbacher Straße 17. 1436

Gutenbergs
Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer
Montag, 8. September, abends 8 Uhr: **Abendessen der Freunde.**
Dienstag, 9. September, abends 8 Uhr: **Abendessen der Gäste.**
Mittwoch, 10. September, abends 8 Uhr: **Gemeinschaftsprobe im Vereinslokal „Gegensitz“, Tauscher Straße.**
Gesellschaftliche Ereignisse aller Gänge in unbedingt notwendig. Der Vorstand.

Sterbekasse für Buchdrucker und Schriftsetzer bei der Mecklenburg
Am Sonntag, 12. September (nicht 26. Oktober)
Generalarbversammlung
in Kleinbauers Restaurant, Schmers 12.
Einträge sind bis zum 14. September beim Vorstand (Kölle Gielow, Roonstraße 4) einzureichen. — Delegiertenwahltag: 22. September. 1449

Ein- und mehrfarbige Akzidenzen
Arbeiten aus der Praxis als Musterbeispiele für Setzer und Drucker in bew. Mappen-Ausmachung
Neul. Mapp. 7: **Verzickelene Akzidenzen** (2. Folge)
W. Piepenhneider, Buchdr. Braunschw. Reichstr. 31
Prospekt freil!

Nur 3 Kniffe
kein Nachmalen vorgeschrieben, Buchstaben. Durch eine neue, einzigartig Methode eine gefällige **hauftännliche Handschrift**
Schreibere Erfolg in wenigen Stunden auch bei der unbedeutendsten Handschrift. Preis 4.50 Mk. geg. Vorkaufsendung der Nachnahme vom Verlag **Karl Sinte, Frankfurt a. M.,** Brühlheimer Straße 8/1.

Herzlichen Dank!
Mühlhausen L. Th.
Alexander Bröde,
Karlstraße 9.

Nicht die Menschen, die Maschinen müssen besser ausgenutzt werden, wenn wir Buchdrucker mehr verdienen wollen!

Das ist die Grundlage des neuen Arbeitssystems, welches der Geschäftsleiter unterbreitet ist in herausgezeichnete **Neuzeilische Ausnüthung der Buchdruckpresse**
von M. Kersch
Preis gebunden 2.50 Mk., geb. 3.50 Mk.
Früher erschienen und grundlegend für obiges Buch: 1447

Wie soll ich zurichten?
ein Verzeichnis, welches der Zurichtung in allen Druckarten auf Schnellpresse u. Regel, 112 S., 22 Abb., 20 Taf., a. Kunstbr. druck, geb. postfrei 2.20 Mk.; ferner:
Der Buchdrucker am „A-B-Z“
ein Katalog z. Eintheilung des Universals-Zugensführers auf alle Papierarten; 93 S., 10 Abb., 55 Taf., geb. 1.50 Mk., postfrei geb. postfrei 2.20 Mk.; ferner:
M. Kersch, Ebnitzstr. 20.

Perforiermaschine
v. Perforiermaschinen werden schnellstens repariert oder erneuert nach Muster.
Begeer & Wolf, Döhlsdorf. 1397

Nur die mir entliehenen 30-jährigen Berufsabschlussverweise Aufmerksamkeit aller meiner Kollegen von nah und fern, des Gau- und des Bezirksvorstandes sowie die herrlichen Vorträge des Glangvereins „Innographie“ lagte ich meinen **herzlichsten Dank!**
Mühlhausen L. Th.
Alexander Bröde,
Karlstraße 9.

Am 28. August verstarb unser erwerbslos lieber Kollege, der Schriftsetzer 1440

May Hofmann
aus Müllberg im Alter von 45 Jahren.
Ein dauerndes Andenken bewahren ihm
Die Kollegen der Schriftsetzerei L. B. Berlin.

Am 1. September starb im hiesigen Krankenhaus unser lieber Kollege, der Schriftsetzer 1439
Heinrich Willmaack
in seinem 55. Lebensjahre.
Seine letzten Wünsche
Ortsverein „Innographie“,
Eheoz.